

Bank-Fusion zugestimmt

Einstimmiges Votum
bei der Volksbank

Die Frankfurter Volksbank treibt den Zusammenschluss mit der Raiffeisen-Volksbank Aschaffenburg zu Deutschlands größter Volksbank voran. Die Vertreterversammlung der Frankfurter Volksbank Rhein-Main hat den Fusionsplänen mit der Raiffeisen-Volksbank Aschaffenburg geschlossen zugestimmt. Das geht aus einer Pressemitteilung hervor.

Demnach gebe es nun nur noch eine Hürde vor dem Zusammenschluss beider Institute: Auch die Vertreterinnen und Vertreter der Raiffeisen-Volksbank Aschaffenburg müssen am 26. Juni der Fusion zustimmen.

Der geplante Zusammenschluss ist die 22. Fusion der Frankfurter Volksbank Rhein-Main seit 1990. Mit der Verschmelzung werden die Vorstände der Raiffeisen-Volksbank Aschaffenburg den bisherigen Vorstand der Frankfurter Volksbank Rhein-Main ergänzen. mic

NACHRICHTEN

Nach Streit mit Auto angefahren

Ein 29 Jahre alter Mann ist in der Nacht auf Mittwoch in Unterliederbach nach einem Streit von seinem Kontrahenten mit dem Auto angefahren und schwer verletzt worden. Kurz vor 5 Uhr erfolgte der 24-jährige Tatverdächtige laut Polizei den Mann auf der Kurmainzer Straße. Vorgegangen war eine verbale Auseinandersetzung. An einer Tankstelle hielten beide an, der Streit ging weiter, der Verfolger fuhr den 29-Jährigen an und flüchtete. Das Opfer kam in ein Krankenhaus, der mutmaßliche Täter wurde kurz darauf festgenommen. skb

Radfahrer singt ein garstig Lied

Die Polizei sucht einen Fahrradfahrer wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Dieser radelte laut Zeugen am Dienstag um 21.15 Uhr durch die Alte Rothofstraße in der Innenstadt und sang lautstark „Ausländer raus“. „Ob er sich hierbei der Melodie des Liedes von Gigi D'Agostino bediente, konnte nicht mehr abschließend geklärt werden“, teilt die Polizei mit und warnt „eindringlich davor, ausländerfeindliche Parolen zu skandieren. Dies wird konsequent verfolgt und in jedem Fall zur Anzeige gebracht.“ Der Staatsschutz ermittelt. skb

Exhibitionist im Gallus

Die Polizei hat am Dienstag im Gallus einen 45 Jahre alten Exhibitionisten festgenommen. Er soll gegen 13.30 Uhr in der Flörshheimer Straße sein Geschlechtsteil vor mehreren Kindern entblößt haben. skb

Das die EU und ihre Gesetze so weit weg seien, konnte keine Person behaupten, die am Dienstagabend ins Haus am Dom gekommen war. Gleich vier Europaabgeordnete saßen direkt vorm Publikum, um sich über Lieferketten, Migration, Rohstoffe und faires Wachstum zu unterhalten. 80 Menschen im Saal hörten zu, weitere 250 schalteten den Livestream ein.

Das entwicklungspolitische Netzwerk Hessen, die Frankfurter Rundschau und die Katholische Akademie Rabanus Maurus im Haus am Dom hatten zu der Veranstaltung „Die EU in globaler Verantwortung“ geladen. Die Fragen stellten Schülerinnen und Schüler des Frankfurter Adorno Gymnasiums, der Reuterschulen sowie der Offenbacher Leibniz-Schule, moderiert von FR-Wirtschaftsressortleiter Tobias Schwab.

Wie stehen Sie zum europäischen Lieferkettengesetz, war die erste Frage. EU-Parlamentarier Sven Simon (CDU), ein Gegner dieses Gesetzes, hielt fest: „Mit der Art und Weise machen wir die Probleme nicht kleiner.“ Produkte, die in der EU vertrieben werden, sollen laut Gesetz ohne „schwerste Menschenrechtsverletzungen“ entstanden sein. „Das ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Kinderarbeit wäre einfacher zu fassen.“ Simons schlug einen Zifferncode zur Nachverfolgung der Lieferkette vor oder eine schwarze Liste, wie sie die Vereinigten Staaten verwendeten.

Die Frankfurter Stadtverordnete Isabel Schnitzler (FDP), ebenfalls gegen das Gesetz, kandidiert für das EU-Parlament und befürchtet, die Berichtspflicht werde an kleinere Unternehmen weitergegeben.

Der EU-Parlamentarier Udo Bullmann (SPD) erklärte daraufhin: „Große Unternehmen dürfen die Rechercheleistungen nicht auf kleine Unternehmen abdrücken.“ Das EU-Gesetz gelte ab einem Umsatz von 450 Millionen Euro und ab 1000 Beschäftigten. Die EU habe noch etwa 30 Jahre Zeit, um ihre Standards durchzusetzen, bevor die „Zwangswirtschaft“ Chinas und die „Free-Market-Ökonomie“ der Vereinigten Staaten die Messlatte setzten.

Die EU-Parlamentarierin Anna Cavazzini (Grüne) hielt fest: „So, wie die Wirtschaft und Lie-



Das Podium: Udo Bullmann, Isabel Schnitzler, Helmut Scholz, Anna Cavazzini, Sven Simon (von links).

Für eine faire EU

Wie wirksam ist das Lieferkettengesetz? Europaabgeordnete diskutieren mit Schülerinnen und Schülern / Von Florian Leclerc

ferketten aufgebaut waren, können wir nicht weitermachen.“ Die Lieferketten beruhen auf Ausbeutung und Umweltverbrechen. Auf freiwilliger Basis hätten die Unternehmen in den vergangenen Jahren nichts an menschenunwürdigen Produktionsbedingungen geändert.

„Wir wollen nicht Produkte von Kinderarbeit und solche, die umweltschädlich produziert werden“, sagte Helmut Scholz (Linke), der nicht mehr fürs EU-Parlament antritt und in der Diskussion für die erkrankte Linke-Spitzenkandidatin Carola Racke te eingesprungen war.

Migration war der zweite Schwerpunkt der Diskussion und da wurde es emotional: Sven Simon erklärte nämlich, nur 0,7 Prozent der Geflüchteten hätten ein Recht, in Deutschland zu

bleiben. „Das Dorf in Afrika setzt sich zusammen, der Stärkste soll losziehen, dann wird Geld an den Schlepper gezahlt.“

100 Millionen Menschen sind auf der Flucht

Da rief Anna Cavazzini dazwischen, Simon müsse aufpassen mit rassistischen Stereotypen, was das Publikum mit Klatschen untermauerte. Sie hielt entgegen, 70 Prozent der Menschen, die in Deutschland ankämen, würden anerkannt. Die deutschen Sozialsysteme seien laut Migrationsforschung kein Pull-Faktor. „Den Grundsatz, menschlich miteinander umzugehen, und das individuelle Recht auf Asyl wollen wir verteidigen“, sagte Helmut Scholz und erklärte Migration an

einem Beispiel: Wenn die Meere an der Küste Senegals von internationalen Konzernen leer gefischt seien, machten sich senegalesische Fischer auf den Weg nach Europa. Sie hätten keine andere Perspektive.

„Warum flieht der Fischer? Aus wirtschaftlicher Not. Das ist kein Asylgrund“, antwortete Isabel Schnitzler, die als Juristin mit Erwerbsmigration ihr Geld verdient. Udo Bullmann sprach sich dagegen aus, Seenotrettung zu kriminalisieren und sichere Drittstaaten festzulegen, wenn Staaten wie Tunesien nicht sicher seien.

Während derzeit 100 Millionen Menschen auf der Flucht seien, würden perspektivisch 150 Millionen Geflüchtete erwartet, die meisten davon in den Nachbarländern.

Als die zweistündige Diskussion auf das Ende zugeht, sprachen die Schülerinnen und Schüler noch zwei Themen an: Wie soll die EU-Wirtschaft ohne Ausbeutung anderer Staaten wachsen? Wie ist faires Wachstum möglich? Für Isabel Schnitzler sind „Ideen unser Verkaufsschlager“. Udo Bullmann setzt auf „Recyclen, Eigenproduktion, Diversifizieren“.

Sven Simon schlug vor, Kaffee im Ursprungsland zu rösten, damit die Wertschöpfung dort entstehen könne. Ein Minus-Wachstum sieht er kritisch. Anna Cavazzini erinnerte an die „Donut-Ökonomie“. Man wolle nicht unter den unteren Rand des Donuts, sprich des Wohlstands, und könne nicht über den oberen Rand, die planetarischen Grenzen. Eine Kreislaufwirtschaft mit langlebigen Produkten und Recycling sei eine Lösung.



FR-Moderator Tobias Schwab (rechts) mit Schülerinnen und Schülern.

RENATE HOYER (2)

Die Veranstaltung zum Nachschauen: www.youtube.com/hausamdom